

# Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Patrizia Heidegger

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | [www.bangladesch.org](http://www.bangladesch.org)

## Massenverhaftungen

Während nur weniger Tage Anfang Juni verhafteten die „*Joint Forces*“ (verschiedene Polizei- und Militäreinheiten) rund 25 000 Verdächtige im ganzen Land. Die Verhaftungswelle war Teil des am 28. Mai für einen Monat angekündigten „*special drive*“. Dieser soll Recht und Ordnung gewährleisten und die Sicherheitslage vor den Wahlen stabilisieren. Der Polizeisprecher von Dhaka sagte, es gehe vor allem darum, illegalen Waffen- und Drogenbesitz einzudämmen und ausstehende Haftbefehle durchzuführen. Während der Verhaftungen konnten zahlreiche Waffen sichergestellt werden. Die Zeitungen berichteten allerdings, dass unter den Festgenommenen nicht nur mutmaßliche Gewalttäter, sondern auch Journalisten und Parteimitglieder von der Basis waren.

## Verbindungsstraße nach Myanmar

Das Verkehrsministerium gab Anfang Juni bekannt, dass bereits im kommenden Jahr das fehlende Teilstück einer Verbindungsstraße zwischen Myanmar und Bangladesch gebaut werden wird. Der 25 Kilometer lange Straßenabschnitt soll die Menschen beider Länder näher zusammenbringen und die wirtschaftlichen Beziehungen anregen. Nur zwei Kilometer der Straße werden auf Staatsgebiet von Bangladesch liegen, die restlichen 23 Kilometer verlaufen auf burmesischem Territorium. Die Verbindung soll außerdem Teil eines größeren Straßennetzwerks zwischen Bangladesch, China und Südostasien werden. Seit 1994 laufen die Diskussionen um eine Direktverbindung zwischen den beiden Ländern, die bis dato nie bewilligt worden ist. Bisher gibt es keine Straße zwischen den beiden Ländern, die auf Lastkraftverkehr ausgerichtet ist.

## Schüler können sich das Abitur nicht leisten

Mehr als 23 Prozent der Schüler und Schülerinnen, die in der 11. Klassen für das *Higher Secondary Certificate* (HSC; entspricht in etwa dem deutschen Abitur) angemeldet worden sind, legten die Prüfung in diesem Schuljahr nicht ab. Grund sind finanzielle Engpässe in den Familien, die durch die Preissteigerungen in den letzten Monat verschärft worden

sind. In den letzten zwei Jahren ist die Kaufkraft der Menschen gesunken, während Schulmaterialien und Gebühren immer teurer geworden sind. Aus diesem Grund konnten viele Eltern die Kosten für die Ausbildung ihrer Kinder nicht mehr tragen. Außerdem mangelt es besonders für die Fächer Englisch und Mathematik an gut ausgebildeten Lehrern. Viele Eltern sind gezwungen, ihren Kindern Nachhilfestunden zu zahlen. Vor allem auf dem Land können die Familien den zusätzlichen Unterricht oft nicht bezahlen, betonte auch der angesehene Bildungsexperte Zillur Rahman Siddique. Rund 88 Prozent der Schülerinnen und Schüler an staatlichen Schulen sind auf Nachhilfeunterricht angewiesen. Mehr als 143 000 Schüler und Schülerinnen sind laut Bildungsministerium in diesem Schuljahr nicht zum Abitur angetreten und verließen die Schule ohne den Abschluss.

## Britische Regierung für Tagebau in Phulbari

In Phulbari im Norden Bangladesch lagern mehr als 570 Millionen Tonnen Kohle hoher Qualität. Da die Kohle nur rund 150 Meter unter der Erdoberfläche liegt, könnte sie im Tagebau gefördert werden. Die Regierung von Bangladesch plant seit Jahren, die Förderung durch ein ausländisches Unternehmen zu genehmigen. 1994 erhielt zunächst der internationale „BHP-Billiton“-Konzern eine Lizenz zum Abbau in Phulbari. Das Unternehmen aus Australien, eines der führenden weltweit, gab die Lizenz jedoch wieder ab, da es ursprünglich damit gerechnet hatte, dass die Kohle weniger tief lagere. Die in London ansässige *Asia Energy Corporation Pty Ltd.*, die gezielt für die Kohleförderung in Phulbari gegründet wurde, erhielt den Vertrag 1998. Bezüglich der Technik interessiert sich die Regierung besonders für den deutschen Kohleabbau: Im rheinischen Braunkohlerevier ist der weltweit größte Schaufelradbagger für den Tagebau im Einsatz.

Der deutsche Tagebau ist die größte menschengemachte Landschaftsveränderung in Mitteleuropa. Zahlreiche Ortschaften sind ihm zum Opfer gefallen. Auch in Phulbari würde das Vorhaben 40 000 – 50 000 Menschen zur Umsiedlung zwingen, wertvolles Ackerland zerstören und die Trinkwasserversorgung von rund 100 000 Menschen bedrohen. Aus diesem

Grund versuchten am 30. August 2006 viele Tausend Demonstranten das lokale Büro von *Asia Energy* zu stürmen. Dabei wurden, so berichtete die britische Zeitung *The Guardian*, sechs Menschen erschossen. Die Regierung untersagte daraufhin jegliche Proteste im Minengebiet. *Asia Energy* änderte nach dem Vorfall ihren Namen in *Global Coal Management PLC*. Ende Juni wurde nun bekannt, dass die britische Regierung aktiv bei der Regierung von Bangladesch dafür wirbt, dass das britische Unternehmen endlich grünes Licht für den Tagebau erhält. Auch international bekannte Banken aus England und der Schweiz sind an den Investitionen beteiligt. Auch die Asiatische Entwicklungsbank war ursprünglich an der Finanzierung beteiligt, hat sich aber im April zurückgezogen.

In insgesamt fünf Gebieten in Bangladesch haben Geologen Kohlevorkommen ausgemacht. Der *Daily Star* berichtet, dass Bangladesch in Zukunft 13 Millionen Tonne Kohle pro Jahr benötigt, um die notwendige Energie bereitzustellen. Derzeit leidet Bangladesch unter einer chronischen Unterversorgung mit Energie und regelmäßigen, langen Stromausfällen.

### Sheikh Hasina verlässt Bangladesch

Die ehemalige Premierministerin der *Awami League* (AL), Sheikh Hasina Wajed, hat Bangladesch nach einem fast einjährigen Aufenthalt im Gefängnis verlassen. Die Gerichte gaben ihrem Ausreiseantrag statt, da sie sich in den USA einer medizinischen Behandlung unterziehen möchte. Hasina leidet an einem Gehörproblem. Bei einem Anschlag im August 2004, in dem islamistische Fundamentalisten die Politikerin mutmaßlich töten wollten, wurde die ehemalige Regierungschefin am Kopf verletzt. Sie muss nun an den Gerichtsverhandlungen nicht persönlich erscheinen.

Hasina war im Juli vergangen Jahres auf Grund von Korruptions- und Bestechungsvorwürfen festgenommen worden. Die *Awami League* hat nun seit Monaten die Freilassung Hasinas gefordert und gedroht, den Dialog mit der Übergangsregierung zu boykottieren, sollte die Parteichefin nicht frei kommen. Hasina reist zunächst zu ihrer Schwester nach London und dann zu ihrer Familie nach Kanada, bevor sie sich in den USA behandeln lassen wird. Sie sagte aus, dass sie keine politischen Reden halten wird und auch nicht zu den Parlamentswahlen antreten wird, die für die dritte Dezemberwoche angesetzt sind. Sie möchte aber vor den Wahlen nach Bangladesch zurückkehren.

### Deutsche Discounter fördern miserable Arbeitsbedingungen

Gerade einmal 9 Cent in der Stunde verdienen junge Textilarbeiterinnen in Bangladesch, die für die deutschen Discounter *Lidl* und *kik* nähen. Eine Studie der *Kampagne für Saubere Kleidung* und ihre Trägerorganisationen INKOTA, NETZ *Bangladesch*, TERRE DES FEMMES und *ver.di* untersucht die miserablen Arbeitsbedingungen, unter denen Bekleidung für die deutschen Billig-Anbieter hergestellt werden. Die Textilarbeiterinnen bekommen von den Herstellerfirmen in Bangladesch meist keinen Arbeitsvertrag. Sie behalten deshalb dauerhaft den Status von Gelegenheitsarbeiterinnen: Hat die Fabrik keine Arbeit, werden sie nach Hause geschickt; sind sie krank, werden die Fehlzeiten vom Lohn gestrichen. Die Mehrheit der Frauen, welche für die Studie über die Zulieferfirmen befragt wurden, arbeiten neun bis 14 Stunden am Tag und das oft sieben Tage die Woche. Manche Frauen arbeiten somit bis zu 100 Stunden die Woche. In allen bis auf einer Zulieferfirma sind Überstunden ohne Bezahlung keine Option, sondern verpflichtend. Viele Frauen sagten, dass ihnen die Überstunden erst am Morgen angekündigt werden, sie sich also nicht darauf vorbereiten können. Der Großteil der Frauen verdient so im Monat zwischen rund 15 und 30 Euro. Solche Löhne garantieren nicht die Befriedigung elementarer Bedürfnisse wie Miete und Nahrungsmittel. Nur eine der sechs untersuchten Zulieferer stellt Trinkwasser bereit.

Ein zentrales Problem, das auch die Studie herausstellt, ist, dass es in keiner der sechs Fabriken eine Gewerkschaft oder einen Betriebsrat gibt. So haben die Arbeiterinnen keine Möglichkeit, sich gemeinschaftlich für bessere Arbeitsbedingungen oder höhere Löhne einzusetzen. Nach mehreren Jahren Fabrikarbeit, so die Studie, sind die Frauen erschöpft: Sie leiden an Schmerzen, nachlassender Sehkraft und Unterernährung. Textilarbeiterinnen berichten, dass sie nach einer Schwangerschaft wieder im niedrigsten Lohn eingestuft wurden, obwohl sie ja bereits erfahrene Näherinnen waren. Die einzige gute Nachricht: In keiner der sechs Fabriken, in denen auch für *Lidl* und *kik* genäht wird, wurde Kinderarbeit festgestellt. Die Textilarbeiterinnen sind meist zwischen 18 und 24 Jahre alt.